

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Bierjährlicher Abonnementspreis 0,75 Mk.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbände- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Vorsitz: Landrat)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsamt, 25 Pf., Familienamt, 15 Pf.
Vereinsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.
Fernsprecher: Amt Königsplatz, Nr. 4720.

Nr. 20.

Berlin, Sonnabend, 8. März 1913.

Fünfundvierzigster Jahrgang.

Inhaltsverzeichnis:

Die Tätigkeit der Ortsverbände. — Ein soziales Programm für die Vereinigten Staaten von Nordamerika. — Eine Volkshilfsbildungsstiftung. — Allgemeine Kundgebung. — Gewerksvereins-Zeit. — Verbands-Zeit. — Literatur. — Anzeigen.

Die Nähe des Verbandstages

macht es uns zur Pflicht, bei dem diesmaligen Quartalswechsel die Vorbereitung für den „Gewerksverein“ mit besonderem Eifer zu betreiben. Wir haben ein lebhaftes Interesse daran, daß möglichst viele Kollegen über den Verlauf des Verbandstages und die damit zusammenhängenden Fragen recht schnell unterrichtet werden, damit sie wohlgerüstet den Kampf für unsere Ideen führen können.

Aber auch

wichtige soziale Probleme

haben ihrer Lösung und finden gründliche Behandlung im Verbandsorgan vom Standpunkte der Deutschen Gewerksvereine. Endlich muß auf den „Gewerksverein“ als

Waffe im Kampf mit unsern Gegnern

und als bestes Informationsmittel über alle

Vorgänge in der Arbeiterbewegung

hingewiesen werden. Es ist also notwendig, dem Verbandsorgan in immer weitere Kreise der Mitglieder Eingang zu verschaffen. Deshalb wenden wir uns mit diesem Appell an alle diejenigen Kollegen, die den Wert der Presse richtig zu würdigen wissen, und bitten sie, in den nächsten Sitzungen recht eindringlich das Abonnement auf den „Gewerksverein“ zu empfehlen, aber auch selbst die Adressen und das Abonnementgeld zu sammeln und alles weitere beim zuständigen Postamt zu veranlassen.

Wer hilft dabei mit?

Die Tätigkeitsberichte der Ortsverbände.

Zur Zeit einem Verbandstagsbericht gemäß die Jahresberichte der Ortsverbände nicht mehr veröffentlicht werden, in eine gewisse Zusammenfassung in der Berichterstattung einbezogen. Viele Schriftführer glaubten es nicht mehr nötig zu haben, der Verbandsleitung wenigstens einmal im Jahre mitzuteilen, was in ihrem Ortsverbande geschehen worden ist. Indessen die wiederholten eindringlichen Mahnungen im „Gewerksverein“ scheinen doch nicht auf unfruchtbaren Boden gefallen zu sein; denn im Verlaufe zum Vorjahre hat diesmal eine ganz stattliche Anzahl von Ortsverbänden einen Bericht einreicht. Während uns über das Jahr 1911 nur 61 Berichte vorlagen, beträgt ihre Zahl jetzt 78. Mit dieser Zahl auch im Vergleich zur Zahl der Ortsverbände gerina, so kann der Zuwachs nur mit Freude begrüßt werden. Ihrer Pflicht nachgekommen sind in diesem Jahre die Ortsverbände: Altenburg, Ansbach, Augsburg, Bauen, Völsbach a. d. Rh., Bitterfeld, Brandenburg a. S., Bremen, Bremerhaven, Breslau, Bromberg, Cottbus, Köln, Crefeld,

Danzig, Dessau, Dortmund, Dresden, Duisburg, Eberfeld, Harmen, Elbing, Erfurt, Erlangen, Finkenwalde, Fürth, Geislingen, Glogau, Göttingen, Götting, Greifswald, Hagen i. W., Halle, Hannover, Hattlingen, Hannover, Hirschberg, Hof, Jauer, Jena, Landsberg, Landau, Lauenburg, Leipzig, Meining, Maadeburg, Mainz, Mannheim, Meißen, Merseburg, Neuwied, Rommels, Rürnberg, Oberhausen, Oldenburg, Petersdorf, Posen, Prümmerau, Tiedlinburg, Maderberg i. Sa., Saarbrücken, Samölin, Schramberg, Zeitz, Zeitzberg, Zandau, Zettin, Stolberg (Hld.), Stolp i. Pomm., Striegau, Udermünde, Warstein, Weiskensfeld a. S., Wetter, Wilhelmshaven, Witten, Zabrze, Zeitz, Zerbin und Zittau.

Während einzelne Berichterstatter sich auf die knappe Aufzählung der im Jahre 1912 abgehaltenen Sitzungen und sonstiger Veranstaltungen beschränken, bringen andere eine ausdahlende Schilderung der Vorgänge innerhalb der eigenen Organisation und der Arbeiterbewegung am Orte überhaupt, sodas man sich wohl eine Vorstellung machen kann von der Rolle, die unsere Gewerksvereine hier und da spielen.

Sehr erfreulich ist es, daß wohl überall im deutschen Vaterlande die Gewerksvereinskollegen zu allen Fragen des öffentlichen Lebens, an denen sie als Arbeiter naturgemäß interessiert sind, energisch Stellung genommen haben. Zahlreiche Eingaben sind an die Behörden gerichtet worden, um eine Milderung der Meldepflicht herbeizuführen; auch an praktischen Vorschlägen unermüdet hat es nicht gefehlt. In Maderberg i. S. hat der Ortsverband sogar selbst einen eigenen Zeitungsverkauf einrichtet, der sich eines lebhaften Zuspruchs erfreute, aber gerade deshalb zur Folge hatte, daß ein tüchtiger Geschäftsmann die Sache selbst in die Hand nahm und eine Geschäftsbildung anmaßte, wodurch das Gewerksvereinsunternehmen überflüssig wurde. Selbstverständlich haben unsere Kollegen auch stets ihre Stimme erhoben, wenn irgendwo die Trauen des Arbeitsnachweises, der Arbeitslosenversicherung; und dergl. in den städtischen Parlamenten verhandelt wurden. Für Einführung des Verbandswahlsystems an den Gewerksvereinen ist man eingetreten, und auch für die Erhöhung der Ortsgebühren hat man hier und da die geeigneten Schritte unternommen. Ebenso herrscht für die Heranziehung von Arbeitern als Schöffen und Geschworenen an sehr vielen Orten ein reines Interesse, was in zahlreichen Petitionen zum Ausdruck gekommen ist. Mit dem Interesse allein aber ist es natürlich nicht getan, und da man erstrebenswerterweise gelangt werden, daß die Funktionen der Gewerksvereinskollegen in den erwähnten Angelegenheiten auch recht häufig von gutem Erfolge gekrönt gewesen sind.

An sozialen Wahlen waren wir wohl überall beteiligt. Wenn auch die Uebermacht der Gegner es meistens verhindert hat, daß wir die Mehrzahl der in Frage kommenden Sitze eroberten, so konnten doch namhafte Erfolge hier und da erzielt werden. Nicht allein in den Gewerksvereinen und Krankenkassenvorständen, sondern auch in den Gemeindefolgen haben zahlreiche Gewerksvereinskollegen und wirken dort im Interesse der Allgemeinheit. Hier und da allerdings würde es noch wesentlich besser um unsere Sache bestellt sein, wenn sich nicht bisweilen eine bedauerliche Laubstich der Mitglieder beobachten ließe. So wird aus Duis-

burg berichtet, daß bei den Gewerksvereinswahlen viele Kollegen ihr Wahlrecht nicht ausgeübt haben, und in dem Bericht aus Zeitz heißt es sogar, daß kaum 30 Prozent der Gewerksvereinskollegen an der Gewerksvereinswahl teilgenommen haben. Das sind Erscheinungen, die tief zu beklagen sind. Es handelt sich bei solchen Wahlen nicht nur um ein paar Sitze, sondern das Ansehen der Organisation ist dabei engagiert. Da darf niemand hinter dem Ofen sitzen bleiben und die Sache ihren Gang gehen lassen, sondern jeder muß dafür sorgen, daß wir möglichst gut abschnitten.

Daß die Gewerksvereine, wo es sich um Bewegungen zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse handelt, vielfach beteiligt waren, ist selbstverständlich. Auch gute Erfolge sind dabei zu verzeichnen.

Das Leben innerhalb der Organisation war im abgelaufenen Jahre ein recht reges, und wie wir schon früher konstatieren konnten, befindet sich unsere Bewegung fast überall in einem erfreulichen Aufschwung. Noch niemals ist die Zahl der Ortsverbände, die über eine zum Teil recht beträchtliche Zunahme der Mitglieder berichtet haben, so groß gewesen wie in diesem Jahre. Zum Teil ist dieser Zuwachs zurückzuführen auf den Beitritt von Ortsvereinen zum Ortsverbande, in der Hauptsache aber handelt es sich um neuengewonnene Mitglieder. Allerdings könnte die Zahl der neuorganisierten Vereine größer sein. Ans gar zu vielen Orten wird mitgeteilt, daß man zwar Versuche zur Gründung dieses oder jenes Vereins gemacht habe, daß aber die aufgewandte Mühe vergeblich gewesen sei. Dabei gewinnt man häufig den Eindruck, als wenn sich die Kollegen durch einen fehlerhaften Versuch gar zu leicht abschrecken lassen. Das darf nicht geschehen, und wir wollen hoffen, daß man überall dort, wo man im vergangenen Jahre keinen Erfolg mit der Gründung eines Berufsvereins gehabt hat, man in diesem Jahre erneut an die Sache heranzieht. Bei intensiver Arbeit sind noch manche Erfolge zu erzielen. Vielfach wird ja auch geschrieben, daß man in nächster Zeit einen nochmaligen Versuch in diesem oder jenem Beruf unternehmen wolle. Mit guten Vorkäufen aber ist es nicht getan. Die Hauptsache ist, daß man den schönen Worten auch die Taten folgen läßt. An Zeit zur Gewinnung neuer Verufe fehlt es nirgends, und die Schwierigkeiten, die sich entgegenstellen, sind keineswegs unüberwindlich. Wenn z. B. aus Posen berichtet wird, daß man dort einen Ortsverein der Gemeindegewerksvereine gegründet habe, der aber wieder zugrunde gegangen sei, weil irgend eine untergeordnete Persönlichkeit den Leuten gelang hatte, sie müßten aus dem Verein ausscheiden, sonst würden sie ihre Arbeit verlieren, so darf man die Sache nicht ruhig gehen lassen, sondern muß diese Gemeindegewerksvereine aufklären, daß diese Trostung jeder Grundlage entbehrt, und daß sie ebensogut wie jede andere Arbeiterkategorie das Recht haben, sich mit ihren Standesgenossen zusammenzuschließen. Am äußersten Falle muß auf die Stadtverordnetenversammlung eingewirkt werden, daß den Gemeindegewerksvereinen das Koalitionsrecht uneingeschränkt zugesprochen wird. (Schluß folgt.)

Ein sozialpolitisches Programm für die Vereinigten Staaten von Nordamerika.

Der Präsidentenwechsel in einer Republik ist ein wichtiges Ereignis. Und seine Bedeutung wächst noch, wenn der „neue Herr“ eine andere politische Auffassung hat als sein Vorgänger. Das ist jetzt in den Vereinigten Staaten von Nordamerika der

Fall, wo der demokratische Dr. Woodrow Wilson am 4. März das Erbe des Fortschrittlers Taft angetreten hat. Allgemein betrachtet man die 4jährige Amtsperiode des jetzigen Präsidenten als eine neue Epoche im politischen und wirtschaftlichen Leben der nordamerikanischen Union, eine Erwartung, die allerdings stets gehegt wird, wenn ein neuer Mann ans Ruder kommt. Die Zukunft wird lehren, ob sie berechtigt war.

Der Amtsantritt Wilsons erfolgte unter dem üblichen Gepränge und erhielt ein besonderes Gepräge durch die Ansprache, die der neue Präsident nach der Eidesablegung hielt und die man gewissermaßen als sein Programm anlesen darf. Besonders bemerkenswert sind für uns die Ausführungen über die Notwendigkeit einer energischeren Sozialpolitik. Der Wechsel in der Regierung bedeute mehr als einen Parteeisig. Die Nation habe vielmehr dadurch befunden, daß damit ein Wechsel in ihren eigenen Ansichten und in ihrem Standpunkt eingetreten ist.

Wir sind aufgereizt worden durch einen neuen Einblick in unser eigenes Leben. Dieses Leben ist in mancher Beziehung wahrhaft groß. Es ist unvergleichlich groß in materieller Hinsicht, in seiner Summe von Wohlstand, in der Mannigfaltigkeit und dem Schöpfung seiner Energie, in den industriellen Schöpfungen einzelner wie in der schrankenlosen Unternehmertätigkeit von Gruppen. Aber es ist auch groß in seiner moralischen Kraft. Nirgends sonst in der Welt haben die Männer und Frauen in ihren Bemühungen, Unrecht gut zu machen, Leidenden zu helfen und die Schwachen auf den rechten Weg zu bringen, ein großzügigeres Liebes- und Hilfsvermögen vollbracht. Wir haben ferner ein Regierungssystem aufgebaut, das lange Zeit hindurch Vorbildlich war für alle diejenigen, deren Ziel es ist, die Freiheit auf so feste Grundlagen gestellt zu sehen, die Freiheit auf so feste Überlegungen, gegen Sturm und Unfall gesichert erscheint. Aber mit dem Guten ist das Uebel gekommen und viel echtes Gold zerfressen worden. Wir den Reichthümern kam eine unentbehrbare Beschränkung. Wir haben von dem verschleudert, was wir hätten brauchen können. Wir sind stolz gewesen auf unsere industriellen Leistungen, aber wir haben bisher den Menschenwert nicht hoch genug angeschlagen, den Wert der ausgelöschten Menschenleben, der überfüllten und zusammengebrochenen Erbstätten. Die peinlichen Seufzer aus den Bergwerken, den Fabrikten und all den Städten, wo der Kampf um das Dasein seinen eigentlichen Sitz hat, dieser ernsterkämpfende Unterton unserer Lebensweise war nicht zu unseren Ohren gedrungen. Die große Regierung, die wir geliebt haben, ist zu oft zu privaten und selbstsüchtigen Zwecken mißbraucht worden. Unsere Pflicht ist es nun, zu säubern, wiederherzustellen, das Schlechte zu beseitigen, ohne das Gute zu schwächen, das ganze öffentliche Leben zu reinigen und mit Humanität zu erfüllen, ohne es schwach oder sentimental zu machen. Es war etwas Hartes und Heroisches in unserer Jagd nach dem Erfolg und der Größe. Unser Gedanke war, daß jedermann und jede Generation für sich selber zu sorgen habe, und wenn wir auch nicht vergehen hatten, daß unsere Politik dem bescheidensten Manne ebenso wie dem mächtigsten dienen müsse, so waren wir doch sehr eilig in dem Drang, groß zu werden. Jetzt sind wir zu ruhigen Nachdenken gekommen. Die Binde ist von unsern Augen gefallen, unser Werk ist ein Werk der Wiederherstellung.

Nachdem der Präsident sodann auf die wichtigsten wirtschaftspolitischen Fragen kurz eingegangen war, fuhr er fort:

„Ebenso wenig haben wir die Mittel studiert und vervollkommen, wie die Regierung in den Dienst der Humanität gestellt werden könnte zur Förderung des Wohls der Nation, des Wohls ihrer Männer, Frauen und Kinder wie ihrer Rechte im Kampf ums Dasein. Das ist keine Sentimentalität. Die feste Grundlage einer Regierung ist Gerechtigkeit, nicht Mitleid. Und dies sind Aufgaben der Gerechtigkeit. Gleichberechtigung und Bewegungsfreiheit, die eigentliche Grundlage der Gerechtigkeit in einem politischen Körper, können nicht bestehen, wenn Männer, Frauen und Kinder nicht in ihrem Leben, in ihren eigenen Lebensbedingungen gegen die Folgeerscheinungen der großen industriellen und sozialen Prozesse geschützt werden, an denen sie nichts ändern, die sie nicht lenken, und mit denen die einzelnen nicht fertig werden können. Die Gesellschaft darf ihre eigenen Glieder nicht gemahnen, schwächen oder schädigen. Die erste Aufgabe der Gerechtigkeit ist, die Gesellschaft gesund zu erhalten, der sie dienen. Sanitäre Gesetze, Nahrungsmittelgesetze und Gesetze über die Arbeitsbedingungen, welche die einzelnen für sich selbst festzusetzen nicht die Macht haben, das sind die wichtigsten und eigentlichen Aufgaben der Gerechtigkeit und der Gerechtigkeit.“

„Neue Weisen Lehren gut“, heißt ein deutsches Sprichwort, und unwillkürlich denkt man daran, wenn man dieses großzügige Programm liest. In dessen, wir wollen dem Präsidenten Wilson die gute Absicht nicht absprechen, würden vielmehr größte Bemühungen empfinden, wenn es ihm gelänge, seine Pläne zu verwirklichen. Denn gerade in den Vereinigten Staaten sind die sozialpolitischen Verhältnisse so entsetzlich, daß ein gründlicher Wandel dringend nottut.

Eine Volksbildungsstiftung.

Die Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung veröffentlicht einen Aufruf zur Begründung einer Dr. Hermann Schulze-Delitzsch-Stiftung zur Errichtung von Fortbildungskursen für ältere Kleingewerbetreibende, Arbeiter, Landwirte, kleine Beamte und geschäftlich tätige Frauen. Durch die Stiftung sollen die Mittel bereitgestellt werden, um neben den Fortbildungsschulen, die der männlichen und einem Teil der weiblichen Jugend zur Ergänzung ihrer allgemeinen und beruflichen Bildung Gelegenheit geben, Einrichtungen zu schaffen, die älteren Kleingewerbetreibenden, Arbeitern, kleinen Landwirten und verwandten Berufen zur Ergänzung ihrer oft dürftigen Bildung die Hand bieten. In unzähligen Fällen ist die unzulängliche Schulbildung, die durch keine Fortbildungsarbeit ergänzt und praktisch ausgeübt werden konnte, insbesondere der Mangel jeder Schulung in der Buchführung und die Unkenntnis der grundlegenden Bestimmungen der gewerblichen und sozialen Gesetzgebung ein durch eigene Kraft nicht zu überwindendes Hindernis für das wirtschaftliche Fortkommen. Die stündlichen Arbeiterbildungskurse, in denen vorwiegend im Schreiben, Rechnen, in der einfachen Korrespondenz, in der Buchführung und anderen elementaren Dingen Unterricht erteilt wird, und die von Tausenden von Arbeitern und kleinen Gewerbetreibenden besucht werden, haben den Beweis erbracht, wie groß das Bedürfnis, kümmerliche Elementarkenntnisse zu ergänzen, in vielen Fällen ist. Die Fortbildungsschulen können aber aus mancherlei Gründen ältere Personen in der Regel nicht besuchen. Um die Volksbildungsvereine, Gewerbe- und Arbeitervereine, Fortbildungsschulen und einzelne Volks- und Fortbildungsschullehrer anzuregen, für den gekennzeichneten Zweck besondere Unterrichtsveranstaltungen zu treffen, und um zugleich das Gedächtnis ihres ersten Vorsitzenden in einer ihrem Wirken besonders entsprechenden Arbeit feitzubehalten, hat die Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung ein Kapital von 10 000 Mark aus ihrem Vermögen als Hermann Schulze-Delitzsch-Stiftung ausgetrennt und stellt die Pläne für diese Unterrichtskurse zur Verfügung. Eine Anzahl der dem Allgemeinen Verband der auf Selbsthilfe beruhenden deutschen Gewerbe- und Wirtschaftsvereinigungen steuernden bereits etwa 8000 Mark bei.

Die Arbeit der Stiftung ist so gedacht, daß sie nicht eine einzelne Unterrichtsverwaltung an einer Zentralstelle ins Leben ruft, sondern überall, wo das Bedürfnis hervortritt, in der Großstadt und Mittelstadt, wie in der Kleinstadt und auf dem platten Lande, die Einrichtung derartiger Kurse anregt und einen Teil der entstehenden Kosten übernimmt. Dadurch wird es möglich sein, mit einer jährlichen Aufwendung von einigen Tausend Mark bis zu 100 Kurse zu unterstüben und einigen Tausend Personen zu einer notwendigen und gegenständlichen Ergänzung und praktischen Anwendung ihrer Schulbildung zu verhelfen. Eine besondere Aufgabe der Stiftung soll es sein, in geeigneten Fällen die Ehefrauen von kleinen Gewerbetreibenden usw. in der Buchführung unterrichten zu lassen und dadurch für ihre Mitarbeit im Geschäft des Mannes besser auszurüsten.

Die Summe, die von der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung und von den Genossenschaften zur Verfügung gestellt werden konnte, ist für die Durchführung des Planes nicht ausreichend. Deswegen wendet sich auch der Vorstand der Gesellschaft an die weitesten Kreise um Unterstützung der Stiftung. Beiträge, einmalige und jährliche, werden erbeten an die Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung, Berlin NW., Lüneburger Straße 21.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 7. März 1913.

Reichspost und Heimarbeiter. Um dem Druck auf die Löhne der Heimarbeiter bei Vergebung öffentlicher Lieferungen entgegenzuwirken, haben die Fortschrittliche Volkspartei, die National-Liberalen, die Wirtschaftliche Vereinigung, das Zentrum und die Polen bei der Beratung des Etats der Reichspostverwaltung eine Resolution eingebracht, die auch angenommen wurde und in welcher der Reichskanzler ersucht wird, anzuordnen,

„daß die Reichspost- und Telegraphenverwaltung bei Vergebung von Lieferungen, die ganz oder teilweise in der Hausarbeit hergestellt werden, 1. die Berufsorganisationen und Genossenschaften der Hausarbeiter

und Arbeiterinnen berücksichtigt, 2. solchen Lieferanten den Vorzug gibt, die für die in der Hausarbeit hergestellten Arbeiten mindestens die von den Berufsorganisationen und Genossenschaften der Hausarbeiter und Arbeiterinnen gezahlten Löhne nachweislich zahlen, und mit den Organisationen der Hausarbeiter und Arbeiterinnen Tarifverträge vereinbart haben, oder deren für Hausarbeit gezahlten Löhne von dem zuständigen Sachauschuß als angemessen bezeichnet sind.“

Offentlich trägt die Reichspostverwaltung die Interessen der Bediensteten und durchaus berechtigten Wünschen unbedingt Rechnung!

Die Gleichstellung der Gewerbekrankheiten mit Betriebsunfällen bezüglich der Entschädigungspflicht ist leider auch durch die Reichsversicherungsordnung nicht erzielt worden. Trotzdem muß danach getrebt werden, daß die Regierung endlich sich auf den Standpunkt stellt, daß Gewerbekrankheiten ebenso entschädigt werden müssen wie Betriebsunfälle. In dem Kampfe um diese Forderung bildet ein Artikel des Professor Dr. Sommerfeld im ersten Heft seiner neuen Zeitschrift „Die Hygiene“ eine wichtige Waffe. Der bekannte Sozialhygieniker schreibt da:

„Bei der Schaffung der sozialpolitischen Gesetzgebung hat der Gesetzgeber die Entschädigungspflicht auf die Betriebsunfälle allein beschränkt, da bei diesen der Zusammenhang zwischen Ursache und Wirkung leicht festzustellen werden kann. Es gibt aber noch eine beträchtliche Reihe innerer Erkrankungen, deren Entstehung unmittelbar auf die berufliche Tätigkeit zurückzuführen ist. Auf diese sollte die Entschädigungspflicht nach den gleichen Grundsätzen wie bei Betriebsunfällen ausgedehnt werden. Körperliche Mißgestaltungen wie Plattfuß, Scharbock, Bildung von Krampfadern, mit nicht seltenem Ausgang in Altersschwäche, die Entwicklung der sogenannten Staublungen infolge von Einatmung des bei der Arbeit sich entwickelnden Staubes, vor allem aber zahlreiche gemerbliche Vergiftungen sind unmittelbare Folgen der Berufstätigkeit. Es sollte selbstverständlich sein, daß ein Arbeiter, der Tag aus Tag ein kleinste Mengen des giftigen Bleiweißes bei der Ausübung seines Berufes in seinen Körper aufnimmt, dadurch zu Siechtum oder sogar zum Tode durch Bleivergiftung verurteilt ist, einen ebenso gerechten Anspruch auf eine entsprechende Entschädigung hat wie jener, der durch einen Unfall im Gebrauch seiner Gliedmaßen beschränkt ist.“

Prof. Sommerfeld weist darauf hin, daß im Ausland z. B. in der Schweiz und in England Gewerbekrankheiten bereits als Unfall-erkrankungen angesehen werden. In Deutschland seien es die Unternehmer, die gegen eine Ausdehnung der Entschädigungspflicht Bedenken geltend machen, weil sie eine zu große Belastung mit darauf folgender Herabsetzung der Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt befürchten. Weiter werden wissenschaftliche Bedenken erhoben, daß die chronischen gewerblichen Vergiftungen nicht immer einwandfrei festzustellen seien. Beide Einwände werden von Prof. Sommerfeld treffend widerlegt, und zum Schluß wird der Wunsch ausgesprochen, daß die in Aussicht genommenen Schritte, bei den Krankenkassen eine ärztliche Anzeigepflicht für bestimmte Berufskrankheiten einzuführen, den Erfolg haben mögen, daß auf dieser Erhebungsgrundlage die Unfallentschädigung für Berufskrankheiten aufgebaut wird.

Streiks und Ausperrungen im Deutschen Reich während des Jahres 1912. Das „Reichsarbeitsblatt“ bringt in seiner letzten Nummer eine Statistik über die im abgelaufenen Jahre geführten wirtschaftlichen Kämpfe. Wenn auch die Ueberzahl über das IV. Quartal nur eine vorläufige ist, so bekommt man doch ein Bild von den Bewegungen, die im Jahre 1912 durchgeföhrt worden sind. Insgesamt belief sich danach die Zahl der Streiks auf 2500. Betroffen wurden davon 7283 und völlig zum Stillstand gebracht 1958 Betriebe. Die Zahl der in sämtlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter belief sich auf 883 463. Die Höchstzahl der gleichzeitig Streikenden war 405 746, zum Feiern gezwungen wurden durch die Streiks 11 101 Arbeiter. Was den Ausgang des Streiks anbetrifft, so hatten 388 oder 15,52 Proz. einen vollen, 1028 oder 41,12 Proz. einen teilweisen und 1084 oder 43,36 Proz. keinen Erfolg. Vergleichen man diese Zahlen mit denen des Jahres 1911, so ergibt sich ein Rückgang in der Zahl der Streiks um 66. Im Jahre 1911 wurden 10 640 Betriebe, also 3357 mehr, in Streiks verwickelt. Trotzdem war damals sowohl die Zahl der in den betroffenen Betrieben beschäftigten Arbeiter als auch die Höchstzahl der gleichzeitig Streikenden ganz erheblich geringer. Es haben also die Kämpfe des letzten Jahres einen viel größeren Umfang gehabt. Auch das den Ausgang anbetrifft, so war er für die Arbeiter im Jahre 1911 günstiger, denn damals hatten 19,37 Proz. einen vollen, 46,22 Proz. einen teilweisen und nur 34,41 Proz. keinen Erfolg.

Ausperrungen verzeichnet die amtliche Statistik 324 gegen 232 im Jahre 1911. Die Zahl der von Ausperrungen betroffenen Betriebe war 2558 (1933 i. J. 1911); vollständig zum Stillstand gebracht wurden 786 Betriebe. Insgesamt waren darin beschäftigt 143 907 Arbeiter. Die Höchstzahl der Ausgesperrten belief sich auf 74 780, die der gezwungen Feiern auf 1562. Hier haben wir das umgekehrte Schauspiel zu beobachten, wie bei den Streiks. Denn obgleich die Zahl der Ausperrungen i. J. 1912 um beinahe 100 gestiegen und die Zahl der betroffenen Betriebe um über 600 gewachsen ist, ist die Zahl der in den betroffenen Betrieben Beschäftigten auf weniger als die Hälfte zurückgegangen. Sie betrug nämlich im Jahre 1911 noch 300 953 Personen. Ebenso ist die Höchstzahl der gleichzeitig Ausgesperrten und gezwungen Feiern auf ungefähr die Hälfte gesunken. Einen vollen Erfolg hatten 96 Ausperrungen oder 29,63 Prozent, einen teilweisen 213 oder 65,74 Proz., und keinen Erfolg 15 oder 4,63 Proz. Im Jahre 1911 waren die entsprechenden Sätze 31,47 Proz., 62,93 Prozent und 5,6 Prozent. Das Ergebnis hat sich also hier zugunsten der Unternehmer verschoben.

Arbeiterbewegung. Der Kampf im deutschen Malergewerbe hat begonnen, nachdem die Unternehmer die von den Inparteilichen gefällten Schiedsprüche zurückgewiesen haben. Die Ausperrung ist zum Teil schon in Kraft getreten, zum Teil soll sie bis Ende der Woche durchgeführt werden. Kein organisierter Beihilfe soll nächste Woche mehr beschäftigt werden. Da geht uns unmittelbar vor Schluss der Redaktion die Mitteilung zu, daß auf Anregung des Staatssekretärs des Innern, Dr. Delbrück, neue Einigungs-Verhandlungen angebahnt werden sollen. Es wäre dringend zu wünschen, daß diese Bemühungen auf Beilegung des schweren Kampfes von Erfolg gekrönt wären. — Der Streik der Herrenkonfektionsschneider in Berlin ist in vollem Gange. Bis jetzt sind etwa 1500 Personen daran beteiligt. Einzelne Firmen haben sich zur Annahme des neuen Tarifs bereit erklärt; die Arbeiterorganisationen haben aber beschlossen, daß besondere Abmachungen mit einzelnen Betrieben nicht getroffen werden dürfen. — Wegen des Fährerstreiks in Krefeld haben die Unternehmer eine allgemeine Ausperrung angekündigt. Diese Drohung scheinen sie jetzt wahr machen zu wollen, denn der Schutzverband der niederheinischen Sammt-, Blüsch- und Sammtbandfabrikanten hat beschlossen, am 22. März die 5000 in beiden Betrieben beschäftigten Arbeiter aufs Maß zu werfen. — Bedingungslos haben die auf der Zeche „Deutscher Kaiser“ bei Samborn streikenden Lokomotivführer und Rangierer ihre Beschäftigung wieder aufgenommen. Die Gewerkschaft hat jede Verhandlung mit den Streikenden abgelehnt und, um sie zur Nachgiebigkeit zu zwingen, ihnen die Werkshöhlen gekündigt. Daraufhin wurde von einem Teil der Ausständigen die Arbeit wieder aufgenommen. Eine Anzahl muß auf die Einstellung verzichten. — Die Bewegung in der Berliner Baulempnergewerbe ist beendet. Nachdem die Arbeiter beschlossen hatten, den vom Einigungsamt gefällten Schiedspruch anzunehmen, haben nunmehr auch die Unternehmer diesen Schiedspruch anerkannt. Der neue Vertrag gilt also vom 1. April ab.

In England droht ein Generalstreik der Eisenbahner auszubrechen. Den Anlaß dazu gibt die Entlassung eines Zugführers durch die Mittelenglische Bahngesellschaft, der sich nach Angaben der Gesellschaft den Anordnungen seiner Vorgesetzten nicht fügen wollte, wie die Arbeiter dagegen behaupten, einen Befehl deswegen nicht ausführte, weil er sonst sein eigenes und das Leben anderer aufs Spiel gesetzt hätte. Die Arbeiter verlangen die WiederEinstellung ihres Kollegen und wollen diese gegebenenfalls durch den allgemeinen Streik erzwingen. — In Triest ist es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen einem Ingenieur und einem Meister gekommen; infolgedessen legten etwa 1000 Werftarbeiter die Arbeit nieder.

Aus der Praxis der Arbeiterversicherung. Ein bemerkenswertes Urteil über die Frage, ob Invalidität vorliegt oder nicht, hat vor einiger Zeit das Sächsische Landesversicherungsamt gefällt. Das „Zentralblatt für Arbeiterversicherung“ schreibt darüber: Der Strumpfwirker G. hatte Antrag auf Invalidenrente gestellt, weil er wegen Gelenkrheumatismus und Augenschwäche dauernd erwerbsunfähig sei. Die durch Beiziehung von Versicherungsvertretern verstärkte untere Verwal-

tungsbehörde hatte sich für das Vorliegen der Invalidität ausgesprochen, die Landesversicherungsanstalt jedoch das Rentenverlangen abgelehnt. Der Vertrauensarzt des Oberversicherungsamtes erklärte, daß G. wegen Versteifung und Schwäche des linken Armes und Rheumatismus der Beine und des Rückens, sowie wegen Altersfernsichtigkeit, die ihm die feineren Arbeiten eines Strumpfwirkerberufes unmöglich mache, nicht mehr ein Drittel des Durchschnittlichen zu verdienen vermöge. Er habe wegen seiner Gebrechen die Strumpfwirkerlei aufgeben müssen, habe vergeblich Versuche gemacht, unter den Gemeindearbeitern und in der Forstkultur Arbeit zu finden, sei aber wegen seiner Leiden dazu unfähig gewesen, wie es denn überhaupt eine seinem Kräftezustand entsprechende Arbeit nicht gebe. Der Augenarzt sprach sich dahin aus, daß G. wegen Ueberfrichtigkeit und der mit dem Alter verbundenen Unpassungslosigkeit in seiner Erwerbsfähigkeit um 25% beschränkt sei, also abgesehen von der Beeinträchtigung durch sonstige Gebrechen. Die Ärzte des Stadtfrankenhaus, in das G. zur Beobachtung und Feststellung seines Gesundheitszustandes eingewiesen worden war, gaben ihr Gutachten dahin ab, G. könne wegen chronischen Muskelrheumatismus, Altersfernsichtigkeit und sonstiger im Alter begründeten kleineren Gebrechen nicht mehr schwere Arbeiten und nicht mehr die feineren Arbeiten eines Strumpfwirkerberufes ausdauernd verrichten, wohl aber leichtere Arbeiten im Siben und auch vorübergehend im Stehen leisten, wenn er auch vielleicht gelegentlich Stunden oder Tage aussetzen müsse. Seine Erwerbsfähigkeit sei um 50 bis 60% beschränkt.

Das Oberversicherungsamt schloß sich diesem Gutachten an und nahm infolgedessen an, daß die Erwerbsfähigkeit des G. noch nicht unter ein Drittel des Normalen gesunken sei. Die Berufung des G. wurde demzufolge verworfen. Auf seine Revision erklärte nunmehr das Königl. Sächs. Landesversicherungsamt:

„Nach § 1255 Abs. 2 RVO. kommt es darauf an, ob der Arbeiter nach seinen konkret festgestellten, d. h. unter Billiger Berücksichtigung seiner Ausbildung und seines bisherigen Berufes mit den ihm verbleibenden Kräften und Fähigkeiten noch ein Drittel des Normalen zu erwerben vermag. Das wird vom Oberversicherungsamt verlangt, wenn es ohne jede Ermüdung und Erörterung in der Richtung, ob der Kläger bei Berücksichtigung seines Alters und seines bisherigen Berufes die ihm noch verbleibende Arbeitskraft sachgemäß zu verwerten vermöge, lediglich auf Grund der Einschätzung der Minderung der Erwerbsfähigkeit durch die beiden Krankenkassenärzte das Vorliegen der Invalidität vermeint. Mag auch an sich ein Arbeiter mit dem Gebrechen des Klägers durchschnittlich fähig sein, auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt noch 40 bis 50% des Normalen zu verdienen, so lassen doch die besonderen Verhältnisse des 62 Jahre alten Klägers die Ermöglichung eines solchen Verdienstes als wenig wahrscheinlich erscheinen.“

Das angefochtene Urteil wurde deshalb wegen unzutreffender Auffassung des Begriffes der Invalidität und ungenügender Begründung gemäß § 1697 Riffer 1 RVO. aufgehoben und die Sache an das Oberversicherungsamt zurückgewiesen, damit dieses in eine nähere Prüfung darüber eintrete, ob der Kläger nach seinen besonderen Verhältnissen imstande sei, mindestens noch ein Drittel dessen zu erwerben, was körperlich und geistig gesunde Personen derselben Art mit ähnlicher Ausbildung in derselben Gegend durch Arbeit zu verdienen pflegen.

Das Wachstum der Konsumgenossenschaftsbewegung wird gekennzeichnet durch die neuesten Angaben über die Entwicklung in einzelnen Bezirken. Im „Konsumgenossenschaftlichen Volksblatt“ vergleicht Verbandsdirektor Barth die Verhältnisse in Bayern von 1902 und 1912: Die Zahl der Verbände betrug mit Schluß des Jahres 1902 25 Vereine; nun sind es 96, also eine Mehrung um 71 Vereine oder 284 mal soviel. Von diesen 25 Vereinen haben nur 22 über ihre Resultate berichtet. Die Mitgliederzahl dieser Vereine betrug 13 010, und jetzt beträgt sie bei den 96 Vereinen 106 994 oder 93 984 mehr, das ist 7,22 mal soviel! Verkaufsstellen waren es 41, jetzt sind es 278. Damals entfielen 317 Mitglieder auf eine Verkaufsstelle, jetzt 392! Die Beteiligung am Konsumgenossenschaftlichen Großverkauf betrug nur 216 200 Mk., jetzt 9 889 043 Mk., das ist um 9 672 843 Mk. mehr oder 44,7 mal soviel! Die Eigenproduktion (Brotbäcker) betrug nur 80 321 Mk., jetzt 4 099 937 Mk., das ist um 4 019 616 Mk. mehr oder 50 mal soviel! Der Verkaufspreis im eigenen Geschäft betrug 2 045 795 Mk., jetzt 25 676 847 Mk., das ist um 23 631 052 Mk. mehr oder 11,5 mal soviel! Das Lieferantengeschäft erreichte 1 168 785 Mk., jetzt 4 171 698 Mk.,

das ist um 3 002 913 Mk. mehr oder nur 2,57 mal soviel. In diesem Geschäftszweig hatten manche Vereine früher größeren Umsatz als im eigenen Geschäft. Der Reinüberschuß betrug 274 419 Mk. und jetzt 1 840 190 Mk., das ist 1 565 771 Mk. mehr oder 5,7 mal soviel.

Noch gewaltiger ist der Aufschwung in Nordwestdeutschland, wo allerdings die Verbindungen noch günstiger sind. Verbandssekretär Bieth veröffentlicht darüber folgendes: 81 Mill. Mark Umsatz im eigenen Geschäft. — das ist das hoch erfreuliche Ergebnis der Vereine des nordwestdeutschen Verbandes für das Geschäftsjahr 1912. Die Umsatzsteigerung gegen das Vorjahr beträgt 17 Millionen Mark, gleich 26,6 Proz. Zur Statistik haben 169 Konsumvereine und sechs Produktionsgenossenschaften berichtet. Die 169 Konsumvereine zählten 264 305 Mitglieder, das ist gegen das Vorjahr eine Zunahme von 30 996. Sie unterhielten in 385 selbständigen Orten 801 Verkaufsstellen. Der Durchschnittsumsatz per Verkaufsstelle betrug 94 880 Mk. Der Wert der in der Eigenproduktion hergestellten Waren belief sich auf 22 Mill. Mark. Im Jahre des Beitritts zum Zentralverband deutscher Konsumvereine, 1903, zählte der Verband 120 Vereine mit 18 Millionen Mk. Umsatz und heute 175 Vereine mit 81 Millionen Mk. Umsatz. Dieses glänzende Resultat ist erzielt trotz steterlicher Bedrückung der Konsumvereine, trotz gewaltiger Abtreibung von Mitgliedern, die sich in wirtschaftlicher Abhängigkeit befanden, wie staatliche und kommunale Beamte und Arbeiter, und trotz einer geradezu niederdrückenden Bekämpfung und unablässigen Beschimpfung durch eine genossenschaftsfeindliche Presse und reaktionäre politische Agitatoren.

Die englischen Gewerkschaften der Eisenbahner haben sich schon seit längerer Zeit mit dem Gedanken getragen, sich zu einer einheitlichen Organisation zusammenzuschließen. Dieser Schritt ist jetzt vollzogen worden. Die drei größten Verbände, der Gewerkschaft der vereinigten Eisenbahngestellten, der allgemeine Eisenbahnerverband und der Gewerkschaft der vereinigten Signalwärter und Weichensteller haben sich zu einem nationalen Verband der Eisenbahngestellten zusammengeschlossen und verfügen dadurch über eine Macht von 180 000 Mitgliedern. Es ist klar, daß dadurch die Aktionsfähigkeit der Organisation erheblich gesteigert worden ist.

Die kaufmännisch-gewerbliche Fach- und Fortbildungsschule des Berliner Sandwerker-Vereins. C. Soppinier, 18. eröffnet am Dienstag, den 1. April ihre Sommerkurse. Die Organisation der Anstalt in aufsteigenden Klassen gibt die Möglichkeit, die Schüler ihren Vorkenntnissen gemäß einzuordnen. Die Schule wird besonders von solchen Teilnehmern bevorzugt, die in vorgerücktem Alter durch besondere Verhältnisse gezwungen sind, die Lücken ihrer Bildung auszufüllen oder sich in kaufmännischen und technischen Fächern auszubilden. Im deutschen Unterricht wird Unterricht an Ausländer erteilt. Dem weiblichen Geschlecht ist die Teilnahme an allen Kurien gestattet. Die in den Vororten wohnenden Teilnehmer haben kein erhöhtes Schulgeld zu bezahlen. In Rücksicht auf Angestellte mit späterem Geschäftsschluß ist die Unterrichtszeit in die Abendstunden von 8^{1/2} bis 10 Uhr gelegt. Sonntags vormittag findet Fachzeichnen für Tischler, Maschinenbauer und Schlosser, Mechaniker und Elektrotechniker statt. Außerdem sind Kurse für Freihandzeichnen, Malen nach dem lebenden Modell, Zirkel- und Projektionszeichnen vorhanden. Unterrichtspläne sind beim Verwalter unentgeltlich zu haben. Anmeldungen können schon jetzt an den Vereinsabendend bewirkt werden.

Die 404. Veranstaltung des Vereins für Volkserhaltung findet am Sonntag, den 9. März, nachmittags 3 Uhr im Deutschen Odeontheater, Charlottenburg, statt. Zur Aufführung gelangt: „Der Waisenschmied“. (Römische Oper von Albert Lortzing).

Ferner veranstaltet genannter Verein am gleichen Tage, abends 7 Uhr im Bürgeraal des Rathauses seine 485. Volkserhaltung, wobei mitwirken werden: Fräulein Johanna Kirchoff (Gesang), Herr Dr. Heinz Gajpar (Vieder zur Laute), Herr Heinz Beyer (Violoncello), Fräulein Josefa Metz (Rezitation).

Die 6. Volkserhaltung der Generalintendantur der königlichen Schauspiele in dieser Saison findet am Montag, den 10. März, abends 8 Uhr im Neuen Königl. Operntheater (Stoll) statt. Zur Aufführung gelangt:

„Der Barbier von Seville“. (Komische Oper nach Beaumarchais von Sterbini, Musik von G. Rossini). Der Billetverkauf erfolgt — wie bisher — in den bekannten Verkaufsstellen des Vereins für Volksunterhaltungen.

Gewervereins-Zeil

Bremen. Die Tätigkeit des hiesigen Arbeitersekretariats im Jahre 1912 war eine überaus rege. Nicht weniger als 550 Versammlungen und Sitzungen wurden abgehalten oder besucht. Dabei kam nicht nur Bremen selbst in Betracht, sondern auch Hamburg, Delmenhorst, Brunsbüttelkoog, Bremerhaven, Oldenburg, Emden, Hannover, Papenburg, Ephen, Dreher, Lübeck, Augustshafen, Wilhelmshaven und Varel. Nach vielen Orten wurde auch Agitationsmaterial geschickt; Flugblätter wurden in Massen verteilt, und auch die Tagespresse durch Ueberwindung von über 100 Meilen und Notizen informiert. In zahlreichen Bewegungen waren wir beteiligt, die zum Teil mit gutem Erfolge endeten. Neu gegründet wurden 5 Ortsvereine, so daß am Ende des Jahres 43 Vereine vorhanden waren, von denen 36 das Sekretariat finanziell unterstützen. Die Mitgliedszahl weist eine erfreuliche Zunahme auf; doch ist eine sehr starke Fluktuation zu bemerken. Vor Schluß, Gewerbe- und anderen Vereinen wurden 26 Berechnungen durchgeführt, von denen 11 einen hohen, 9 einen teilweisen und 6 keinen Erfolg hatten. Die Bureauarbeiten waren außerordentlich umfangreich, was auch in den vielen Ein- und Ausgängen zum Ausdruck kommt.

Die Rechtsauskunftsstelle hat sich weiter entwickelt. Während sich im Jahre 1911 die Zahl der Auskunftsbegehren auf 2509 belief, stieg sie in diesem Jahre auf 3708. Die Mehrzahl der Befragten waren Arbeiter, aber auch 205 Unternehmer, 132 Angehörige freier Berufe und 53 Behörden wandten sich rathlosend an das Sekretariat. 3569 Auskünfte wurden mündlich, 139 schriftlich erteilt. Schriftstücke wurden 196 angefertigt. Dem Arbeitsnachweis und der Stellenvermittlung wurde erhöhte Aufmerksamkeit zugewendet. Anfang März wurde mit Unterstützung der uns angeschlossenen Zweigvereine des Gewerle Verbandes und des Deutschen Stellernbundes ein losenloser Stellennachweis für das Hotel- und Gastwirtschaftsgebiet errichtet, der in 9 Monaten von 1426 Personen in Anspruch genommen wurde. Vermittelt wurden 328 feste und 259 Aushilfsstellen. Die Ersparnis an Stellenvermittlungskosten beträgt rund 3000 Mark. Der allgemeine Stellennachweis wurde von 1389 Personen besucht, von denen 544 lohnende Arbeit fanden. Insgesamt wurde 1131 Personen durch unsere Stellenvermittlung Arbeit verschafft. Wir können also mit dem Erfolge unserer Tätigkeit auch auf diesem Gebiete zufrieden sein. Trotzdem erbliden wir in unsern Arbeitsnachweisen nur ein Aushilfsmittel. Auch für uns ist das zu erstrebende Ziel der allgemeine paritätische Arbeitsnachweis, geleitet von kommunalen Beamten.

Die Stellung der Gewervereine sowie des Sekretariats in der Öffentlichkeit ist eine angenehme, die auch durch die rühmlichsten Angriffe der sozialdemokratischen Presse und der Gewerkschaften nicht erschüttert werden kann. Wir werden alles daran setzen, auch für die Zukunft diese Stellung zu behaupten und

zu festigen. Allen Kollegen, welche die Beamten tatkräftig unterstützt haben, und allen Freunden aus bürgerlichem Lager, die uns in der unglücklichsten Weise zur Seite standen, sei an dieser Stelle besonderer Dank ausgesprochen!

Lübeck. Unter Mitwirkung des hiesigen Ortsverbandes ist es uns gelungen, auch für unsere Stadt Volksbildungskurse nach Art der studentischen Unterrichts-kurse ins Leben zu rufen. Diese Veranstaltungen erfreuten sich von Anfang an einer regen Beteiligung seitens der organisierten Arbeiter und entsprachen einem hier schon lange fühlbaren Bedürfnis. Es wurde in diesem Jahre mit zwei Vortragsreihen der Anfang gemacht, von denen die erste in sechs Abenden das Thema „Wau und Tätigkeit des menschlichen Körpers“ (Vortragender Herr Dr. Dähning), die zweite ebenfalls in sechs Abenden das Thema „Neuere Dichtung“ (Herr Professor Rütjes) behandelte. Der regelmäßige Besuch der Abende ist der beste Beweis für den großen Wissensdrang der Teilnehmer, und es ist den Vortragenden auch geblüht, den in schwerer körperlicher Arbeit stehenden Leuten in recht volkstümlicher Weise ihr Wissen darzubieten. Vielen Dank für die mit vollster Uneigennützigkeit geleisteten Bemühungen! Waren es in diesem Jahre nur zwei Kurse, so wird im nächsten Jahre bei zeitigerem Beginn mehr geboten werden können. Diese Einrichtung ist für viele Orte nachahmenswert und sollten sich alle Arbeiter daran beteiligen in dem Gedanken: Wissen ist Macht. Ortsverband Lübeck.

Berbands-Zeil

Versammlungen.

Berlin. Diskussionsklub der Deutschen Gewervereine (G.-D.). Verbandshaus der Deutschen Gewervereine, Greifswalderstraße 221-223. Mittwoch, den 12. März, abends 8½ Uhr. Vortrag des Kol. Pantke über: „Aus dem volkswirtschaftlichen Kurios der Humboldt-Akademie“. Gäste sind herzlich willkommen. — **Gewervereins-Vierertafel (G.-D.).** Jeden Donnerstag, abds. 9-11 Uhr. Uebungsstunde I. Verbands-haus d. Deutschen Gewervereine (Grüner Saal). Gäste willk. — **Sonntag, 9. März. Maschinbau- und Metallarbeiter III.** Born. von 10-12 Uhr. Zahltag im Nordwest-Kasino, Alt-Weaht 55-56

Frauen und Mädchen Berlin II. Sonntag, den 9. März, nachm. 4½ Uhr im Verbands-haus der Deutschen Gewervereine, Greifswalderstr. 221/23. Vortrag von Frau Ilse Müller. — **D. E. F. r. e. i. c. h.** Die Frau als Machtfaktor im sozialen Kampf. Nachher gemütliches Beisammensein und Tanz. Gäste sind herzlich willkommen.

Orts- und Regionalverbände.

Bremen (Ortsverband). Jeden ersten Dienstag im Monat, abends 8½ Uhr. Vertreter-Sitzung in Burhop's Gesell-schaftshaus, Bremen, Kellenstraße. — **Cottbus (Diskussionsklub).** Sitzung jeden 2. u. 4. Donnerstag im Monat bei Hanstein, Sandowstraße 42. — **Dessau. Gewervereins-Vierertafel** jeden Mittwoch, abds. 8-11 Uhr. Uebungsstunde I. Vereinslokal, „Hofen“, Marktstr. — **Eiberfeld-Barmen (Ortsverband).** Jeden 1. Mittwoch im Monat, abends 8½ Uhr. Vertreter-sitzung bei Roggenkämper, Eiberfeld, Eulensstr. und Erholungsstr. — **Frankfurt a. O. (Gewervereins-Längerkor).** Jeden Freitag von 8-10 Uhr Uebungsstunde im Vereinslokal, Richterstr. 16. Verbandskollegen herzlich willkommen! — **Gelsenkirchen (Ortsverband).** Jeden ersten Sonntag im Monat, vormittags 10 Uhr Vertreter-sitzung. Jeden

ersten und dritten Sonntag, abends 7-9 Uhr, Diskussionsstunde im Lokal von E. Simon, Alter Markt. — **Saarra u. Nachen.** Jeden dritten Sonnabend im Monat, abends 8½ Uhr Diskussionsabend bei Eudewig. — **Samburg (Ortsverb.)** Jeden Dienstag, abds. 8½ Uhr im Restaurant „Biehoff“, Bagerstraße 2. Diskussionsabend. — **Samburg (Gewervereins-Vierertafel).** Jeden Donnerstag Uebungsstunde im Vereinshaus, Gieselerstraße 48-50. — **Samburg (Ortsverband) und Haggendorf (Ortsverband).** Monatsbes. der Frauenabtl. am Sonntag nach dem 15. eines jed. Monats morg. 10 Uhr in Linden bei Herrn Steinmeier. — **Sonne (Ortsverb.).** Jeden 1. Sonntag im Monat Sitzung b. Ww. Bihl, Ruhe, Bannhoff gegenüber der evang. Kirche. — **Verloren (Diskussionsabend) jeden 2. Mittwoch bei Hilpe.** — **Veitshagen (Gewervereins-Vierertafel).** Die Uebungsstunden finden jeden Mittwoch abends 9-11 Uhr im Vereinslokal „Stadt Hannover“, Seeburgstr. 25, statt. Gäste und stammgeborene Mitglieder sind herzlich willkommen. — **Wahlheim u. Nuche.** Jeden zweiten Sonntag im Monat vormittags 10½ Uhr. Vertreter-Sitzung im Verbandslokal bei Herrn Johann Ködler, Sandstraße 38. — **Oberhausen (Ortsverband).** Sonntag, 9. März, nachm. 4 Uhr b. Wellner, in Oberhausen, Marktstr. Vortrag über Schulfragen. Referent: Oberlehrer Dr. Jordan-Samborn. — **Tettlin (Sängerkor d. Gewervereine).** Die Uebungsstunden finden jed. Dienstag abds. 8½ Uhr im Lokal Rebel, Poststraße 5, statt. Stammgeborene Kollegen herzlich willk. — **Tettlin (Ortsverb.).** Diskussionsklub. Sitzung jed. Montag, abds. 9 Uhr b. Rebel u. Donnerstag b. Winter i. Bredow. — **Teigel (Diskussionsklub für Teigel, Vorhagen u. Reindorf).** Sitzung jeden Dienstag, abds. 8-10 Uhr bei Kömer, Salpeperstraße 28, Ecke Schönbergstraße. — **Thorn (Bäder).** Jeden Sonntag nach dem 1. Ortsvereinsversammlung bei Nicolai, Marktstr. 62. — **Wiesbaden a. G. (Sängersabteilung der Gewervereine).** Uebungsstunden jeden Dienstag, abends 8½ bis 11 Uhr im Vereinslokal „Schwägerhaus“, Schützenstraße. — **Wiesbaden (Ortsverband).** Jeden 1. Sonnabend im Monat Diskussionsklub in Hermanns Garten. — **Worms (Ortsverband).** Jeden Dienstag, abends 9 Uhr. Singstunde im Verbandslokal „Rehental“.

Literatur.

Eingegangene Bücher und Broschüren. Genauere Besprechung einzelner Werke bleibt vorbehalten. Rücksendung erfolgt nicht.

Lohnformen und Arbeitsverhältnisse in der Landwirtschaft. Ein Beitrag zur Beurteilung der Lage der deutschen Landwirtschaft von Georg Schmidt. Preis 2.- Mk. Herausgegeben vom deutschen Landwirtschafts-Verband.

Verhandlungsbericht der hiesigen Generalversammlung des Komitees der Internationalen Vereinigung für geistlichen Arbeiterverein, abgehalten zu Zürich vom 10. bis 12. September 1912 nebst Jahresberichten der Internationalen Vereinigung und des Internationalen Arbeitsamtes und dem Berichte der Spezialkommission über Arbeitszeit in ununterbrochenen Betrieben, herausgegeben vom Bureau der Internationalen Vereinigung für geistlichen Arbeiterverein. Verlag von Gustav Fischer, Jena.

Blätter für Volkshilfskultur. Halbmonatsschrift für Erziehung, Bildung und Vertilung. Der Vierteljahrspreis beträgt je nach Bestellung 1,06 Mk., oder 1,30 Mk. einschließlich Postgebühren. Verlag Berlin-Schöneberg.

Anzeigen-Zeil

Insertate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Nachruf!
Den Verbandskollegen zur Nachricht, daß am 6. März nach schwerem Leiden der Kollege **Karl Busse** im 61. Lebensjahre verstorben ist. Als Ortsvereinskassierer und Vorstandsmitglied des Brandenburgischen Bezirksverbandes war der Verstorbene uns ein wahrer Kampfgenosse. Nahzu 30 Jahre ist er ein treuer Gewervereiner gewesen, der zuerst dem Gewerleverein der Schuhmacher und Lederarbeiter angehörte, vor drei Jahren aber zu unserm Gewerleverein übertrat. Wir werden in Ehren seiner gedenken.
Die Beerdigung findet am Sonnabend den 8. März, nachm. 1½ Uhr, auf dem Zentralfriedhofe in Friedrichsfelde statt. Um zahlreiche Beteiligung erucht.
Der Gewerleverein der Deutschen Fabrik- und Bauarbeiter, Bezirksverband Brandenburg.

Große Jugendfeier
am Sonntag, den 16. März, abends 6 Uhr, im Verbands-haus der Deutschen Gewervereine, Berlin NO., Greifswalderstraße 221-223, in Form eines **Unterhaltungsabends.**
Musikalische Darbietungen — Vorführungen und Vorträge. Lebende Bilder. Nachher Tanz.
Eintritt frei. Lang 80 Pfg., Jungblide frei.
Hierzu ladet Jugendliche sowie alle Gewervereinskolleginnen und -kollegen freundlich ein.
Die Soziale Kommission. Das Komitee.
E. Jordan. C. L. Bergmann. F. Reußel.

FAHNEN
Abzeichen u. sämtl. Vereinsbedarf gut u. billig bei **Th. Berkop, Oppeln.**
Preslau (Ortsverband). Die Unterstüfung an durchreisende Kollegen wird ausgezahlt beim Ortsverbandstaf. Friedrich Wunder, Sternstr. 58.
Erfurt. An durchreisende Kollegen wird eine Unterstüfung von 0,75 Mk. durch den Ortsverbandskassierer August Seitenfider, Gangebrüde 61, gezahlt.
Eiberfeld-Barmen (Ortsverband). Durchreisende Kollegen finden Nachlogis im Verbandslokal bei Roggenkämper, Eiberfeld, Erholungsstraße 2. Dasselbst befindet sich auch die Rechtsauskunftsstelle.
Oberhausen (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 1 Mark Unterstüfung im Bureau, Wilhelmstraße 42.
Wormsberg (Ortsverb.). Durchreisende Gewervereinskollegen erhalten 75 Pfg. Ortsgegenhalt bei dem Ortsvereinskassierer bezw. beim Ortsverbandskassierer Kollegen Gindler, Hainstr. 10.

Saarbrücken (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 50 Pfennig bei dem Ortsvereinskassierer oder im Sekretariat: Saarbrücken Reuvelstraße 42.
Geilungen, Württg. (Ortsverband). Als Ortsverbandsgesellen erhalten durchreisende arbeitslose Kollegen 60 Pfg. bei E. Sapper, Büstenmader, Hauptstr. 48.
Wartsl. Komm. (Ortsverb.). Durchreisende Gewervereinskollegen erhalten 50 Pfg. Karten sind zu haben bei Aug. Bähn, Kohlstraße 24. Arbeitsnachweis daselbst.
Göppingen (Ortsverb.). Durchreisende Verbandsgesellen erhalten Nachquartier und Verpflegung. Karten sind zu haben bei S. Siäbler, Bahnhoffstr. 18.

Den Ortsvereinen und Ortsverbänden zur Beschaffung für die Bibliotheken empfohlen:

Zur Reichsversicherungsordnung Erläuterte Taschenausgaben
von Dr. Franz Hoffmann, Geh. Ober-Regierungsrat, Vortrager der Rat im Reichl. Preuss. Ministerium für Handel und Gewerbe (Hermanns Taschenrechnerausgaben). Vier vollständige Bändchen I. Krankensversicherung Geb. 4 Mk. II. Gewerbe-Ausfallversicherung Geb. 4 Mk. III. Landwirtschaftliche Unfallversicherung Geb. 4 Mk. IV. Invaliden- und Altersrentenversicherung Geb. 4 Mk.
In jedem Bändchen findet sich das 1. Buch (Gemeinsame Vorschriften) und diejenige Teile des 5. und 6. Buchs (Verfahren zc.) des R. V. O., die für den betreffenden Versicherungszweig von Bedeutung sind. Bei der Erläuterung sind nicht nur die Gesetzestexte, sondern auch die bisherigen Ausführungsbestimmungen und Entscheidungen des Reichsversicherungsamts, des R. V. O. und der ordentlichen Gerichte berücksichtigt, soweit sie noch Anspruch auf Gültigkeit verdienen. Diese vier Gesetzbücher sind zum Vorzugspreis von 8,30 Mk. pro Band durch das Verbandsbureau, Berlin NO. 55, Greifswalderstraße 221-223 zu beziehen.